

Für einen Ostermarsch in Strausberg

Knut Steinkopf – 

Am Ostersamstag wird in Strausberg für Frieden, Antifaschismus und eine solidarische Gesellschaft auf die Straße gegangen. Ich begrüße und unterstütze diesen Ostermarsch ausdrücklich. Auch wenn ich an diesem Tag nicht persönlich teilnehmen kann, stehe ich inhaltlich klar an der Seite derjenigen, die diesen Protest organisieren und tragen.

Die Pressemitteilung des „Runden Tisch Frieden Strausberg“ benennt zentrale Punkte, die viele Menschen derzeit bewegen: die wachsende Aufrüstung, die zunehmende Militarisierung der Politik und die reale Gefahr, dass sich Konflikte weiter zuspitzen. Wenn gefordert wird: „Stoppt die Kriegshysterie“, „Keine Stationierung von Raketen“ oder „Abzug der Atomwaffen“, dann sind das keine radikalen Parolen, sondern Ausdruck einer tiefen Sorge um unsere gemeinsame Zukunft.

Wir erleben gerade eine Entwicklung, die mich sehr nachdenklich macht. Milliarden fließen in militärische Aufrüstung, während gleichzeitig in den Kommunen um jeden Euro für Kitas, Schulen, Pflege und soziale Infrastruktur gerungen wird. Diese Schieflage ist nicht abstrakt – sie betrifft unser Leben hier vor Ort ganz konkret. Wenn Sozialleistungen unter Druck geraten, wenn öffentliche Daseinsvorsorge geschwächt wird, dann gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ich teile deshalb ausdrücklich die Sorge, die im Aufruf zum Ostermarsch formuliert wird: dass die politischen Prioritäten sich verschieben – weg von sozialer Sicherheit und hin zu militärischer Logik. Sicherheit wird zunehmend militärisch definiert. Die Pressemitteilung erinnert daran, dass Krieg oft als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ verstanden wird. Gerade deshalb kommt es darauf an, Politik so zu gestalten, dass es gar nicht erst so weit kommt. Diplomatie, Dialog und Zusammenarbeit müssen wieder Vorrang haben. Aufrüstung und Abschreckungspolitik schaffen keinen Frieden – im Gegenteil: Ohne die Einbettung in ein umfassendes außenpolitisches Konzept zur Deeskalation, Rüstungskontrolle und Verzicht auf militärische Gewalt, wird sie zur offenen Vorbereitung neuer Konflikte.

Ich bin überzeugt: Wahre Sicherheit entsteht nicht durch Waffen, sondern durch Deeskalation und Diplomatie, global gerechte Wirtschaftsbeziehungen, Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Hier vor Ort brauchen wir die Sicherheit funktionierender öffentlicher Infrastruktur und ein solidarisches Miteinander. Frieden bedeutet für mich, dass Menschen eine bezahlbare Wohnung haben, dass Kinder gute Bildung erhalten, dass ältere Menschen würdevoll leben können und dass niemand ausgegrenzt wird. Frieden beginnt nicht erst in internationalen Verhandlungen – er beginnt hier bei uns, in unseren Städten, in unserem Alltag, in der Art, wie wir miteinander umgehen.

Strausberg ist eine Stadt mit einer langen militärischen Geschichte. Gerade deshalb tragen wir auch eine besondere Verantwortung, uns für Frieden einzusetzen. Diese Verantwortung zeigt sich nicht nur in großen politischen Fragen, sondern auch im Kleinen: in Städtepartnerschaften, als Schutzort für Geflüchtete, in einer lebendigen antifaschistischen Erinnerungskultur und in einer starken Zivilgesellschaft. Es geht darum, in welcher Welt wir leben wollen: in einer Welt der Aufrüstung und Konfrontation – oder in einer Welt der Zusammenarbeit, der sozialen Sicherheit und des Friedens.

Auch wenn ich am 04. April nicht vor Ort sein kann, ist meine Haltung klar: Ich stehe an der Seite aller, die sich friedlich und entschlossen für eine andere Politik einsetzen. Für eine Politik, die Konflikte entschärft statt verschärft. Für eine Politik, die Menschen in den Mittelpunkt stellt – nicht die Verknüpfung von wirtschaftlichen und militärischen Interessen. Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Er muss immer wieder erarbeitet, verteidigt und gestaltet werden. Der Ostermarsch in Strausberg ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Strausberg, April 2026

Knut Steinkopf